

Stand: 05.06.2026 05:29:19

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17586

"Selbstbestimmtes Leben im Alter III - Mehrgenerationenhäuser vorantreiben"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/17586 vom 06.07.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/21236 des SO vom 20.03.2018
3. Beschluss des Plenums 17/21631 vom 10.04.2018
4. Plenarprotokoll Nr. 129 vom 10.04.2018



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Selbstbestimmtes Leben im Alter III Mehrgenerationenhäuser vorantreiben

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihr Engagement bezüglich der Förderung von Mehrgenerationenhäusern zu intensivieren. In diesem Zusammenhang ist flankierend zum „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus“ eine generelle bayerische Pauschale in Form einer Regelförderung in Höhe von 10.000 Euro jährlich für alle Kommunen, welche ein Mehrgenerationenhaus kofinanzieren, einzuführen.

Begründung:

Mehrgenerationenhäuser fungieren als soziale Anlaufstellen für Jung und Alt in vielen bayerischen Kommunen. Diese Einrichtungen bilden mittels ihrer Angebote und Services großfamiliäre und nachbarschaftliche Strukturen, welche als Bezugspunkt für viele Bürgerinnen und Bürger dienen. Sie tragen darüber hinaus auch zur Bewältigung des demografischen Wandels bei. Diese Einrichtungen werden in der Regel von Vereinen und Verbänden wie beispielsweise dem Arbeiter-Samariter-Bund oder der Arbeiterwohlfahrt getragen und sind auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

Laut dem Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration bestehen in Bayern um die 90 Mehrgenerationenhäuser. Diese erfahren eine Förderung vonseiten des Bundes in den Jahren 2017 bis 2020 durch das „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus“, welche 30.000 Euro beträgt. Voraussetzung dafür aber ist, dass die jeweilige Kommune eine verpflichtende Kofinanzierung in Höhe von 10.000 Euro pro Haus und Jahr leistet. Hier unterstützt der Freistaat bereits besonders vom demografischen Wandel betroffene und finanzschwache Kommunen mittels einer Förderung in Höhe von 5.000 Euro jährlich.

Um vermehrt diesbezügliche Projekte zu unterstützen und sowohl die Anzahl zu erhöhen als auch die regionale Verbreitung zu fördern, soll die Förderung des Freistaates von derzeit 5.000 Euro um 2.500 Euro auf 7.500 Euro erhöht werden. Insbesondere sollen auch diejenigen Kommunen diese Unterstützung erfahren, welche nicht in besonderem Maße finanzschwach, bzw. vom demografischen Wandel betroffen sind. Dies wäre der Verständigung zwischen Jung und Alt zuliebe angebracht und zielführend sowie unter dem Aspekt gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern zu unterstützen. Die entsprechenden Mittel sind im Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2018 einzustellen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/17586**

**Selbstbestimmtes Leben im Alter III - Mehrgenerationenhäuser
vorantreiben**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Dr. Hans Jürgen Fahn**
Mitberichterstatter: **Steffen Vogel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 78. Sitzung am 1. März 2018 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 189. Sitzung am 20. März 2018 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/17586, 17/21236

**Selbstbestimmtes Leben im Alter III –
Mehrgenerationenhäuser vorantreiben**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Steffen Vogel

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Abg. Jürgen Mistol

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen

Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Selbstbestimmtes Leben im Alter III - Mehrgenerationenhäuser vorantreiben

(Drs. 17/17586)

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Gesamtredezeit von 24 Minuten festgelegt. Als erstem Redner darf ich für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herrn Kollegen Dr. Fahn das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, heute wurde im Plenum TV genau die Frage behandelt: Könnten Mehrgenerationenhäuser eine Lösung der gesellschaftlichen Probleme bei der Kinder- und Seniorenbetreuung sein? – Antwort: Ja, es ist ein richtiger Ansatz.

Als Grundtenor meines Beitrags sage ich: Wir können die Probleme der Zukunft nur dann lösen, wenn Jung und Alt zusammenarbeiten, wenn Jung und Alt gemeinsame Wege gehen. Das ist für uns ein ganz wichtiger Punkt.

Warum? – Wir leben in Zeiten zunehmender Urbanisierung. Wir haben zunehmende Verstädterung. Das Leben wird immer anonym, und wir brauchen soziale Kontakte, die aber oft nur spärlich sind. Soziale Bindung und Verankerung im Wohnumfeld, in dem Viertel, in dem wir wohnen, werden immer schwieriger. Wir brauchen zunehmend auch den Kontakt zwischen den Generationen. Dieser Kontakt kommt manchmal nur zustande, wenn eine Rentnerin beispielsweise ein zurückgelegtes Paket abholt.

Wir sagen: Mehrgenerationenhäuser schaffen Abhilfe. Mehrgenerationenhäuser sind Umgebungsorte, an denen generationenübergreifend ein Miteinander entstehen kann. Hier gibt es Einrichtungen, die nachbarschaftliche, großfamiliäre Strukturen bieten. Hier geht es um Kinderbetreuung, Hausaufgabenbetreuung, Gedächtnistraining für

Senioren – das ist übrigens ganz interessant. Da habe ich auch mal mitgemacht. Das war gar nicht so einfach –,

(Volkmar Halbleib (SPD): Mit Erfolg? – Zuruf von der SPD: Ohne jeden!)

Kochen für Jung und Alt.

Laut Sozialministerium gibt es in Bayern 90 Mehrgenerationenhäuser. Wir sagen: 90 Mehrgenerationenhäuser, das heißt pro Landkreis oder Stadt ein Mehrgenerationenhaus. Das ist einfach zu wenig. Wir denken, es müssten viel mehr sein. Es gibt etwa in Unterfranken – wahrscheinlich wird der Kollege Vogel nachher darüber reden – 10 Mehrgenerationenhäuser, zum Beispiel eines in Arnstein, eines in Haßfurt. Das sind zwei hoch professionelle Mehrgenerationenhäuser. Da sagen wir: Es müssten eigentlich viel mehr sein.

Dann geht es um die Finanzierung: Mehrgenerationenhäuser werden schwerpunktmäßig vom Bund gefördert. Das wissen wir. Hier gibt es eine Förderung von 30.000 Euro. Die Kommune muss mit 10.000 Euro pro Haus kofinanzieren. Dann gibt es noch den Freistaat. Für den Freistaat sind die Mehrgenerationenhäuser eine tolle Sache. Das wird auch Herr Vogel sagen. Die Förderung ist allerdings mit nur 5.000 Euro minimal, und es gibt sie außerdem nur für sogenannte finanzschwache Gemeinden. Das heißt, hier müsste der Demografiebeauftragte der Bayerischen Staatsregierung einmal tätig werden. Die Kommunen müssen nämlich Anträge stellen, die 10 bis 15 Seiten lang sind. Die Kommunen müssen diese Anträge ausfüllen, um zu dokumentieren, dass sie eine finanzschwache Gemeinde sind.

Wir meinen hier: Das muss nicht sein. Jede Kommune, die ein Mehrgenerationenhaus hat, sollte diese 5.000 Euro bekommen. Wir sagen: 5.000 Euro sind relativ mickrig. Deswegen fordern wir in unserem Antrag 10.000 Euro. Das ist das Mindeste!

Bei diesem Thema wird immer auch die Frage der Finanzierung diskutiert. Das gilt auch für andere Projekte. Wir wollen Regel- und nicht Projektfinanzierung. In den ver-

gangenen Jahren mussten Antragsteller oft befürchten, dass der Zuschuss für das nächste Jahr vom Bundesministerium gar nicht genehmigt werden würde. Jetzt ist diese Aussicht ein bisschen besser; die Planung geht über drei Jahre. Wenn aber doch jeder die Mehrgenerationenhäuser so toll findet, dann könnte man die Projektfiananzierung auch in eine Regelfinanzierung überführen.

Das ist für uns ein ganz wichtiger Aspekt, der auch noch für andere Bereiche gilt. Mehrgenerationenhäuser sind wichtig für Jung und Alt, für gemeinsame Wege – auch wenn es nicht immer die echten Mehrgenerationenhäuser sind, in denen Alt und Jung tatsächlich zusammenleben. Diese gibt es in Bayern auch noch, und sie sind insgesamt ziemlich erfolgreich.

In unserem Antrag steht zudem, dass der Freistaat das Engagement für die Förderung der Mehrgenerationenhäuser steigern soll. Er könnte beispielsweise das Engagement fördern, indem er ein Konzept erarbeitet, das für Bayern nicht nur 90 Mehrgenerationenhäuser vorsieht, sondern die doppelte Anzahl. Warum sollte in jedem Landkreis nur ein Mehrgenerationenhaus existieren? Ich höre immer wieder, dass die Einrichtungen so toll seien und dass es durchaus mehr Mehrgenerationenhäuser in einem Landkreis geben könnte. Dann wären alle zufrieden, und es wäre insgesamt eine gute Sache. Deswegen wäre es wichtig zu hören, ob die Staatsregierung jetzt wieder sagt: Mehrgenerationenhäuser sind eine tolle Sache, aber der Status quo reicht aus.

Wir hingegen sagen: Der Status quo reicht nicht aus; denn es geht um eine wichtige Zukunftsaufgabe, von der wir alle betroffen sind. Nur Jung und Alt zusammen können die Probleme der Zukunft lösen. Packen wir die Mehrgenerationenhäuser an! – Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion darf ich jetzt Herrn Kollegen Vogel das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann Herrn Fahn nur zustimmen: Selbstverständlich leisten die Mehrgenerationenhäuser mit ihren Mitarbeitern – mit den Hauptamtlichen, vor allem aber auch mit den vielen Ehrenamtlichen – eine wunderbare, segensreiche Arbeit. Wir sind uns vollkommen darüber im Klaren, dass die Mehrgenerationenhäuser ein unverzichtbarer Bestandteil Bayerns sind und einen wichtigen Beitrag zum Zusammenwachsen und zum Miteinander der Generationen leisten.

Bei mir in Haßfurt gibt es ein Mehrgenerationenhaus, das sich im Rahmen des Projekts "Zusammenhalt fördern, Integration stärken" ganz vorbildlich auch bei der Integration von Flüchtlingen engagiert. Es gibt dort ein Generationen-Café; dort wird ein Betreuungsnetzwerk aufgebaut, und es gibt auch Ferienprogramme sowie Angebote für die Betreuung von pflegenden Angehörigen. Es ist wirklich toll, was in den Mehrgenerationenhäusern geleistet wird.

Kurzum: Auch für uns als CSU-Fraktion sind die Mehrgenerationenhäuser ein Segen und eine ganz wichtige Einrichtung. Gerade weil wir die Mehrgenerationenhäuser als so wichtig ansehen, haben wir uns auch im Bund im Rahmen der Großen Koalition bereits 2005 dafür eingesetzt, dass der Bund Mittel zur Verfügung stellt, damit die Mehrgenerationenhäuser in Deutschland und damit auch in Bayern aufgebaut werden können.

Seitens des Bundes gibt es die Förderung der Betriebskosten in Höhe von 30.000 Euro pro Jahr. Die Förderrichtlinie des Bundes sieht vor, dass jede Kommune, die ein Mehrgenerationenhaus betreibt, einen Eigenanteil in Höhe von 10.000 Euro mitbringt, sprich: dass sie ihr eigenes Interesse nachweist. Wenn es einfach nur Geld vom Bund gibt und man selbst keinen Anteil leisten muss, dann kommt vielleicht der Mitnahmeeffekt zum Tragen. Wenn man jedoch selbst noch eigene Mittel einsetzen muss, überlegt man sich das Ganze etwas genauer.

Der Freistaat Bayern hat sich entschlossen, die Kommunen bei diesem Eigenanteil in Höhe von 10.000 Euro zu unterstützen, und zwar mit 5.000 Euro. Die Förderverpflichtung in Höhe von 10.000 Euro muss die Gemeinde erbringen; wenn sie jedoch finanzschwach ist und von den demografischen Problemen betroffen, dann bekommt sie 5.000 Euro obendrauf, sodass sie dann nur Eigenmittel in Höhe von 5.000 Euro zu erbringen hat, um die Förderung des Bundes zu erhalten.

Wie Sie richtig sagen, gibt es derzeit 90 Mehrgenerationenhäuser in Bayern. Davon erhalten 49 Häuser diese Förderung. Das ist ziemlich großzügig. Über die Hälfte der Kommunen mit Mehrgenerationenhäusern gelten also als finanzschwach und als von der Demografie besonders betroffen.

Ihr Antrag ist nicht ganz schlüssig; darüber haben wir bereits im Ausschuss gesprochen. Warum? Im Antrag ist die Rede von 10.000 Euro, in der Antragsbegründung hingegen schreiben Sie von einer Erhöhung in Höhe von 2.500 Euro. Antragsbegründung und Antrag selbst widersprechen sich also. Man müsste deshalb zunächst klarstellen, ob man auf 10.000 Euro erhöhen will oder auf 7.500 Euro. Das ist nicht so ganz klar.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

– Ich sage es ja nur.

Mit Ihrem Antrag wollen Sie erreichen, dass es in Bayern mehr Mehrgenerationenhäuser gibt. Wir kommen zu dem Ergebnis, dass dies nicht das richtige Mittel ist. Warum?
– Wann und ob ein Mehrgenerationenhaus eingerichtet wird, entscheidet nicht der Freistaat Bayern, das entscheiden nicht wir mit den 5.000 Euro, sondern das entscheidet der Bund über die Bundesförderrichtlinie. Wir unterstützen lediglich die Kommune, die sich dafür entscheidet und die finanzschwach ist, mit den 5.000 Euro. Die Erhöhung der Zahl der Mehrgenerationenhäuser in Bayern hängt also nicht vom Zuschuss des Freistaates ab, sondern letztlich von der Antragstellung auf Bundesebene.

Des Weiteren halten wir die Förderung nach dem Gießkannenprinzip für vollkommen ungeeignet. Warum? – Das Ziel der Förderrichtlinie und letztlich auch der Mehrgenerationenhäuser ist es, besonders die Kommunen zu unterstützen, die von der Demografie besonders betroffen und finanzschwach sind. Wenn man jetzt sozusagen mit der Gießkanne durch Bayern zieht, dann erhält diesen Zuschuss auch die reichste Kommune, die bereits ein Mehrgenerationenhaus mit guter Ausstattung hat. Diese Kommune würde nach Ihrem Antrag ebenso die Förderung von 10.000 Euro erhalten. Wir aber wollen nach dem Prinzip der gleichwertigen Lebensverhältnisse den finanzschwachen Kommunen stärker unter die Arme greifen als den finanzstarken. Deshalb unterstützen wir eher die finanzschwachen Kommunen.

Ich komme noch einmal auf das Beispiel Haßfurt zurück, damit der richtige Eindruck entsteht. Ein Mehrgenerationenhaus, das richtig gut betrieben wird, wird sowieso einen Finanzbedarf haben, der weit über 30.000 oder 40.000 Euro liegt. In Haßfurt liegt das Budget bei 150.000 Euro. Die Stadt Haßfurt beteiligt sich, weil dort gute Arbeit geleistet wird. Außerdem beteiligt sich der Landkreis mit 60.000 Euro, weil das Mehrgenerationenhaus über die Kreisstadt hinaus eine Wirkung entfaltet. 30.000 Euro kommen vom Bund und 5.000 Euro vom Freistaat, und schließlich kommen noch 120.000 Euro von der Stadt Haßfurt und vom Landkreis hinzu.

Damit will ich sagen, dass eine erhöhte Förderung nicht unbedingt zu mehr Mehrgenerationenhäusern führen muss, weil der Finanzbedarf an sich sowieso schon höher ist. Das kann eher dazu führen, dass beispielsweise eine Stadt wie Haßfurt sagt: Wir haben im Haushaltsplan einen Bedarf von 150.000 Euro. Derzeit bekommen wir 5.000 Euro vom Freistaat Bayern. Wenn wir 10.000 Euro vom Freistaat bekämen, könnten wir unseren Anteil reduzieren. Das Geld landet dann aber nicht direkt bei den Mehrgenerationenhäusern, sondern das Ganze führt zu einem reinen Mitnahmeeffekt. Genau das wollen wir vermeiden.

Damit komme ich zur Frage nach der Finanzierung. In meiner Amtszeit als Parlamentarier erlebe ich, dass die Kommunen immer wieder sagen: Wir wollen den goldenen

Zügel. Früher, als ich noch Zweiter Bürgermeister war, gab es eine Zeit lang Förderungen für Buswartehäuschen. Also hat man Buswartehäuschen gebaut, ob man sie gebraucht hat oder nicht. Die Gemeinden verlangen heute oftmals Geld zur freien Verfügung, um selbst entscheiden zu können, wie das Geld am besten ausgegeben wird.

Genau das machen wir im Rahmen des rekordmäßigen kommunalen Finanzausgleichs. Wir haben Rekordsteuereinnahmen, und wir haben einen entsprechenden kommunalen Finanzausgleich. Deshalb ist nach unserer Überzeugung bereits jetzt die Kommune in der Lage, ein Mehrgenerationenhaus nach ihrem Bedarf mit der staatlichen Unterstützung in Höhe von 5.000 Euro und mit der Förderung des Bundes zu betreiben.

Ich möchte noch eines klarstellen: Der Begriff "Mehrgenerationenhaus" ist nicht ganz eindeutig. Darunter versteht man zunächst die Mehrgenerationenhäuser, die vom Bund gefördert werden. Ich komme aus einer Gemeinde mit 17 Ortsteilen bei 3.500 Einwohnern. Der Kernort hat 1.200 Einwohner. Da gibt es also viele ehemalige Gemeindehäuser, wo es Jugendräume gibt, wo Vereinstreffen stattfinden oder Gymnastikkurse für Frauen oder Männer. Auch das ist eine Art Mehrgenerationenhaus, wo ein Miteinander organisiert wird, das aber nicht unter dem Label des Bundes läuft. Deshalb warne ich davor zu glauben, dass wir in Bayern nur 90 solcher Einrichtungen hätten. Tatsächlich haben wir eine Vielzahl von solchen Begegnungsstätten in Bayern, wo sich Alt und Jung treffen, wo ein Miteinander organisiert wird, wenn auch nicht durch die Förderung des Bundes.

Eines muss ebenfalls klar sein: In Bayern mit seiner Vielfalt und Größe ist ein Mehrgenerationenhaus für einen Landkreis mit 100.000 Einwohnern lediglich eine Säule. Insgesamt – da stimme ich Ihnen zu – ist es für Bayern mit seiner Größe nicht machbar, dass man zukünftig sämtliche Arbeit im Bereich der Demografie auf dieses eine Haus stützen könnte. Es ist vielmehr eine kommunale Herausforderung, das Miteinander zwischen Alt und Jung entsprechend zu organisieren. Wir sind der Überzeugung, dass man da insgesamt auf einem absolut richtigen Weg ist.

Ein Satz, zehn Sekunden noch: Die Projektförderung unterstützen wir ausdrücklich. In Haßfurt gibt es zum Beispiel das Projekt "Familienpakt Bayern", ein Betreuungsnetzwerk für alle Generationen. Dieses Projekt fördert der Freistaat Bayern mit 230.000 Euro. Wir haben 15 Mehrgenerationenhäuser, die wir zusammen mit dem Bereich "Integration stärken" mit 350.000 Euro fördern. Das heißt, das Mehrgenerationenhaus, das bereits heute zielgerichtet Projekte durchführt, wird zusätzlich unterstützt, und das ist richtig. Warum? – Derjenige, der etwas macht und sich mit einem Projekt gezielt um gewisse Aufgaben kümmert, hat eine stärkere Unterstützung verdient. Deshalb können die Mehrgenerationenhäuser je nach ihrem Bedarf zusätzliche Mittel erschließen.

Einen letzten Satz noch zum Koalitionsvertrag.

Präsidentin Barbara Stamm: Stopp, Herr Kollege.

Steffen Vogel (CSU): Im Koalitionsvertrag haben sich die SPD und die CDU/CSU die Bedeutung der Mehrgenerationenhäuser bewusst gemacht. Im Koalitionsvertrag steht ausdrücklich: Wir wollen sie absichern und weiter ausbauen.

Präsidentin Barbara Stamm: Es liegt eine Zwischenbemerkung vor. Sie bekommen dann noch zwei Minuten, Herr Kollege.

Steffen Vogel (CSU): Wie bitte?

Präsidentin Barbara Stamm: Sie bekommen noch zwei Minuten Redezeit. Es liegt eine Zwischenbemerkung vor. – Bitte, Herr Kollege Dr. Fahn.

Steffen Vogel (CSU): Ich wollte abschließend einfach nur sagen – ich fasse mich dann bei den zwei Minuten kürzer –: Im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU ist ausdrücklich gesagt – –

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Botschaft hat er nicht verstanden!)

– Also, Herr Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Sie haben den Koalitionsvertrag zitiert, dass man weiter ausbauen will. Das heißt, man will die Mehrgenerationenhäuser weiter ausbauen. Davon habe ich nichts gehört. Welchen Vorschlag hat die CSU für einen weiteren Ausbau der Mehrgenerationenhäuser in Bayern, von denen wir nur 90 haben? Wie kommen wir auf 95? Wie kommen wir auf 100 Häuser? Das steht im Koalitionsvertrag.

Ihre zweite Bemerkung zu den finanzschwachen Gemeinden hat mich nicht überzeugt. Ich habe es wirklich zehnmal erlebt, dass mir solche Gemeinden gesagt haben, welch große Bürokratie es ist, all diese Anträge zu stellen. Im Sozialministerium sind wahrscheinlich zwei Leute nur damit beschäftigt, diese Anträge zu prüfen. Im Sinne eines Bürokratieabbaus wäre es viel sinnvoller, für alle, die sich auf diesem Gebiet interessieren und engagieren, diese 5.000 Euro aufzustocken.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Herr Kollege, zwei Minuten, bitte.

Steffen Vogel (CSU): Herr Dr. Fahn, Sie haben vorhin das Mehrgenerationenhaus im Landkreis Main-Spessart angesprochen, also dem Landkreis, aus dem Sie kommen, nämlich das Mehrgenerationenhaus in Arnstein, glaube ich.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Binsfeld!)

– Binsfeld, genau, da ist das Mehrgenerationenhaus. Glauben Sie wirklich, dass die Stadt Marktheidenfeld ein Mehrgenerationenhaus errichten würde, wenn der Freistaat Bayern nicht 5.000 Euro, sondern 10.000 Euro zur Verfügung stellen würde? Ist das echt Ihre Ansicht? Glauben Sie, dass die Stadt Karlstadt sagt: Okay, jetzt bekommen wir 5.000 Euro mehr, jetzt errichten wir ein Mehrgenerationenhaus? Glauben Sie ernsthaft, dass das der Antrieb ist, damit eine Gemeinde sagt: Jetzt investiere ich?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Was ist dann der Antrieb?)

Das Nächste ist: Wie Ihnen bekannt ist, befinden wir uns hier im Bayerischen Landtag. Und wenn ich am Rednerpult des Bayerischen Landtags stehe, bin ich nicht Bundes-

tagsabgeordneter. Gleichwohl haben die SPD, die CDU und die CSU im Koalitionsvertrag festgestellt, dass die Mehrgenerationenhäuser bundesweit besonders im ländlichen Raum eine unverzichtbare soziale Infrastruktur darstellen und einen wichtigen Beitrag zum generationenübergreifenden Dialog und zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse leisten. Jetzt ist es die Absicht der Bundesregierung, diese Mehrgenerationenhäuser abzusichern und weiter auszubauen, insbesondere im ländlichen Bereich. Das steht auf der Agenda der Bundespolitik.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Genau!)

Selbstverständlich wird dieses Thema, wenn es im Koalitionsvertrag steht, verhandelt werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann könnt ihr zwei Kaffee trinken!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Aiwanger, das ist ein guter Vorschlag.

Steffen Vogel (CSU): Dann wird es entsprechende Vorschläge geben, um in ganz Deutschland und damit auch in Bayern Mehrgenerationenhäuser zu bauen, sodass es dann zu einem weiteren Ausbau kommen kann. Wir sind der Überzeugung: An diesen 5.000 Euro liegt es nicht. Für uns gibt es keine Förderung mit der Gießkanne. Wir sehen nicht ein, warum die reichsten Gemeinden Bayerns das Geld genauso bekommen können. Wir unterstützen bewusst die finanzschwächeren Gemeinden.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt hat Herr Kollege Pfaffmann für die SPD-Fraktion das Wort. Man könnte sich ja dann auf eine Tasse Kaffee in einem Mehrgenerationenhaus treffen. Bitte schön, Herr Kollege.

(Volkmar Halbleib (SPD): Alle Berichterstatter müssen zum Kaffee!)

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist 22.05 Uhr. Herr Vogel, wir stellen fest, Sie haben mit

vielen Worten zwar nichts gesagt, aber doch klargemacht, dass Sie überhaupt keine Lust haben, die Mehrgenerationenhäuser zu unterstützen – das zum Ersten.

(Beifall bei der SPD)

Zum Zweiten: Wir sind uns in der Bedeutung der Mehrgenerationenhäuser einig. Das brauchen wir hier nicht dauernd zu betonen. Wir bedanken uns bei allen, die daran beteiligt sind.

Ich habe im Internet ein bisschen recherchiert und im "BayernPortal" den entscheidenden Satz der Bayerischen Staatsregierung gefunden: "Mehrgenerationenhäuser sind einer der Schwerpunkte der bayerischen Generationenpolitik."

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Hoppla!)

Das ist die glatte Unwahrheit, weil man einen Schwerpunkt daran misst, wie viel Geld und Förderung eingestellt wird. Dazu stelle ich fest: Herr Kollege Vogel, trotz beredter und vieler Worte weigern Sie sich seit Jahren – seit Jahren! –, die Mehrgenerationenhäuser finanziell besser auszustatten.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

Herr Dr. Fahn, es ist nicht so, dass dieses Thema das erste Mal auf der Tagesordnung steht. Wir haben bereits in verschiedenen Gremien, etwa im Sozialausschuss und im Plenum, gefühlt tausendmal gekämpft, um die Situation der Mehrgenerationenhäuser zu verbessern, doch leider ohne Erfolg. Bei allem Engagement befürchte ich, dass wir auch heute keine Mehrheit bekommen. Wissen Sie, warum? – Die CSU will für diese wichtigen Projekte keine bessere Förderung erreichen, Punkt, aus! Es gibt viel Geld für viel anderes, zum Beispiel für eine Grenzpolizei. Wir haben heute über viele Themen diskutiert, die mehrere Hundert Millionen Euro kosten. Aber Sie sind nicht bereit, wichtige Projekte mit ein paar Euro mehr zu unterstützen. Dabei geht es nicht darum, ob nun 30.000 Euro Förderung der Bundesregierung, des Bundesfamilienministe-

riums, und 10.000 Euro Förderung der Kommunen inmitten stehen. Hier geht es darum, dass das Geld, bei allem Engagement, das die Mehrgenerationenhäuser an den Tag legen, vielmehr aus Spenden aufgebracht wird, als Fördermittel zur Verfügung stehen, obwohl die meisten Mehrgenerationenhäuser absolut am Existenzminimum stehen.

Es wäre wirklich gut und angebracht, vonseiten des Freistaats Bayern diese wirklich hervorragenden Einrichtungen abzusichern. Sie tun das nicht, sondern verwenden Ihre Kraft auf eine Abwehrschlacht, um nicht die wenigen Euro, die man dazu bräuhete, bereitstellen zu müssen. Das ist eigentlich die Botschaft, die von diesem Plenum ausgeht.

In der Frage der Bedeutung der Mehrgenerationenhäuser gibt es hier einen parteiübergreifenden Konsens. Mehrgenerationenhäuser sind wichtig und gut; wir brauchen sie. Sie leisten ohne Zweifel eine hervorragende Arbeit. Die Botschaft, die heute sozusagen formuliert wurde, ist diese: Ja, das mag schon alles sein, aber bezahlen wollen wir nicht. Das ist Ihre Botschaft, die Sie heute mit vielen Worten vertuschen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Wer zu der Aussage "Das ist uns ein ganz besonders wichtiges Anliegen" wirklich steht, muss dafür auch Geld bereitstellen. Sie haben bisher sämtliche Anträge, auch im Haushaltsausschuss, abgelehnt; das ist also nicht der einzige Antrag. Das finde ich außerordentlich bedauerlich. Deswegen hat Ihr Lob, das Sie überall anführen, eine gewisse heuchlerische Tendenz. Es ist immer wieder das gleiche Verfahren: Man stellt sich hin, lobt alles, freut sich und sagt, wie wichtig das alles sei, um sozusagen die Herzen zu gewinnen. Aber wenn es darum geht, Geld bereitzustellen, das dringend erforderlich ist, schlägt man sich in die Büsche und findet tausend Worte, warum es eigentlich nicht geht. Das ist gerade gegenüber dem Ehrenamt und der Arbeit, die da geleistet wird, unwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Bevor ich Herrn Kollegen Mistol für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteile, darf ich bekannt geben, dass die Fraktion der FREIEN WÄHLER namentliche Abstimmung beantragt hat. – Bitte schön, Herr Kollege.

Jürgen Mistol (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der demografische Wandel hat viele unterschiedliche Facetten, unabhängig davon, ob wir von einer Kleinstadt in Unterfranken oder vielleicht von einem Stadtquartier in München sprechen. Der demografische Wandel treibt und verstärkt kommunale Entwicklungen und Entwicklungen vor Ort. Für die Fraktion der GRÜNEN sage ich: Der Freistaat wäre gut beraten, alles zu unterstützen, was den sozialen Zusammenhalt stärkt. Die Mehrgenerationenhäuser stärken den sozialen Zusammenhalt. Daher sollten wir diese stärker unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, die Attraktivität einer Region oder einer Stadt wird oft an wirtschaftlicher Prosperität und technischer Infrastruktur gemessen. Egal, ob Stadtquartier oder Kommune im ländlichen Raum, es gibt nur dann eine gute Zukunft, wenn sie den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner an sozialer Teilhabe Rechnung tragen, und zwar über alle Generationen hinweg. Für ehrenamtliches Engagement und das Miteinander von Jung und Alt braucht es solche Begegnungsräume. Durch das Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus, das 2017 die bisherigen Aktionsprogramme abgelöst hat, werden solche Orte geschaffen. Das Programm ist bis 2020 angelegt. Auch der Koalitionsvertrag enthält ein Bekenntnis zum Ausbau der Mehrgenerationenhäuser. In der Vergangenheit war die Projektförderung immer nur auf ein Jahr angelegt. Daher hat es keine Planungssicherheit gegeben. Es bleibt zu hoffen, dass die Förderung der Mehrgenerationenhäuser auf Bundesebene langfristig auf solide Beine gestellt wird.

Kolleginnen und Kollegen, unsere Gesellschaft wird älter, sie wird auch bunter. Mehrgenerationenhäuser richten ihre Arbeit flexibel darauf aus, die individuellen Auswirkungen des demografischen Wandels vor Ort bestmöglich zu gestalten. Dabei erreichen sie mit ihren Angeboten gerade auch ansonsten nur schwer erreichbare Zielgruppen. Der Freistaat unterstützt vom demografischen Wandel betroffene und finanzschwache Kommunen im Bereich der Mehrgenerationenhäuser mit einer jährlichen Förderung von derzeit 5.000 Euro. Herr Kollege Vogel, Sie haben vom Mitnahmeeffekt gesprochen, wenn diese Förderung erhöht werden würde. Auch die 5.000 Euro sind natürlich ein gewisser Mitnahmeeffekt, da es eine Einrichtung ist, die man ansonsten auch betreiben würde. Eine Kommune kommt mit einer Förderung von jährlich 5.000 Euro nicht weit, wenn sie ein Mehrgenerationenhaus betreiben möchte.

Wir, die GRÜNEN, halten eine Anhebung der Förderung auf 10.000 Euro für angemessen. Deshalb schließen wir uns dem Antrag der FREIEN WÄHLER an. Gleichzeitig erachten wir es auch als sinnvoll, die Zuwendungsvoraussetzungen zu überprüfen und so anzupassen, dass mehr Kommunen in den Genuss der Förderung gelangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir können die beantragte namentliche Abstimmung mit Blick auf die Frist noch nicht durchführen.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich komme nun zurück zu den Anträgen, zunächst zum Antrag betreffend "Selbstbestimmtes Leben im Alter III – Mehrgenerationenhäuser vortreiben", Drucksache 17/17586. Hier wurde namentliche Abstimmung beantragt. – Nachdem so viele von Ihnen noch da sind: Wenn jemand seinen Büroschlüssel vermisst, kann er ihn bei uns hier vorne abholen. –

(Heiterkeit)

Die Urnen stehen jetzt bereit. Wir haben jetzt eine namentliche Abstimmung zum Antrag betreffend die Mehrgenerationenhäuser. Es sind fünf Minuten vorgesehen. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 22.57 bis 23.02 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich beende die Abstimmung. Ich bitte darum, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Das Ergebnis wird später bekannt gegeben.

– Ich darf jetzt die beiden Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt geben. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Selbstbestimmtes Leben im Alter III – Mehrgenerationenhäuser vorantreiben" auf der Drucksache 17/17586 bekannt. Mit Ja haben 51 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein haben 72 gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.04.2018 zu Tagesordnungspunkt 7: Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Selbstbestimmtes Leben im Alter III - Mehrgenerationenhäuser vorantreiben (Drucksache 17/17586)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus			
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin			
Deckwerth Ilona			
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex			
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Hözl Florian			
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann			
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Gesamtsumme	51	72	0